



HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Anhörung zum Thema Chancen und Risiken einer Entkriminalisierung in der Drogenpolitik

Seit vielen Jahren und weltweit werden Debatten über das Scheitern der prohibitiven Drogenpolitik bzw. notwendige neue Ansätze und Wege geführt. 2011 erklärte die "Global Commission on Drug policy" den "War on Drugs" für umfassend gescheitert.¹ Im September 2014 hat eine internationale Gruppe um den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan - darunter der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana und ehemalige Außenminister und Staatschefs der USA, Brasiliens, Griechenlands, Mexikos und Portugals - in einem über die UNO veröffentlichten Appell eine dringende Liberalisierung der Drogenpolitik gefordert, bei der "im Sinne der Menschlichkeit im Kampf gegen Rauschgift die Gesundheit, statt Strafverfolgung im Mittelpunkt" steht.² Die Prohibitions-Kritiker zweifeln also die vielfachen und verheerenden Folgen nicht an, die insbesondere durch den gegenwärtig stark steigenden Konsum von Heroin und synthetischen Drogen entstehen. Im Gegenteil machen sie deutlich, dass die Prohibition und ihr offenkundiges Scheitern diese Probleme massiv verschärfen. Statt Kriminalisierung von Konsumentenden und weiteren Erstarkens der Drogenkartelle seien Gesundheitsschutz und Marktkontrolle dringend nötig.

Eine ganze Reihe von Staaten hat sich bereits von der erfolglosen Prohibitions- und Kriminalisierungspolitik abgewendet, so z.B. die Niederlande, Portugal, Tschechien, Belgien, Spanien, Uruguay, Chile, Israel, Bolivien und über 20 Bundesstaaten der USA, in denen Cannabis oder Opiate zum medizinischen, kommerziellen oder privaten Gebrauch gekauft, angebaut, besessen oder konsumiert werden dürfen. Im Zentrum des Liberalisierungsansatzes stehen der gesundheitlich-medizinische Nutzen, die Verminderung von Repressionskosten und Verbraucherrisiken zugunsten von Verbraucherschutz und Aufklärung sowie zunehmend auch Argumente staatlicher Marktkontrolle und Einnahmenvorteile.³ Eine Studie für die Friedrich-Ebert Stiftung von Juni 2013 kommt zu dem Schluss: "Es gibt bereits Erfahrungen, wie ein anderer Umgang gelingen kann und welche Instrumente der Schadensminderung wirken. Wir müssen nicht länger glauben und hoffen, wir wissen, dass die Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten in anderen Ländern keine gravierenden Konsum-/Marktprobleme mit sich bringt und dass unterschiedlichste Formen eines regulierten Marktes für Drogen kontrollierbar sind."⁴

In einer Aufsehererregenden Resolution haben sich zuletzt 122 deutsche Strafrechtsprofessoren - und damit knapp die Hälfte aller Strafrechtsprofessoren in Deutschland - an den Deutschen Bundestag gewandt, um "an der widersinnigen Rechtslage etwas zu ändern", die "horrenden Kosten bei der Strafverfolgung in Präventions- und Suchtberatungsprogramme" umzuwidmen und die "Kriminalisierung weiter Teile der Bevölkerung" zu beenden.⁵ Die Forderung deutscher Strafrechtsprofessoren nach einer Ausrichtung der Drogenpolitik an "wissenschaftlichen und

¹ Global Commission on Drug policy: <http://www.gcdpsummary2014.com/>

² <http://www.spiegel.de/politik/ausland/liberalere-drogenpolitik-ex-staatschefs-veroeffentlichen-appell-an-uno-a-990545.html>

³ So spricht der SPIEGEL im Zusammenhang mit der gerade erst begonnen Legalisierung in den USA von einem "neuen Goldrausch", einem "Gründerboom" bzw. "Milliardengeschäft" bei dem der "Umsatz einfach nur vom organisierten Verbrechen in die öffentliche Hand" umgeleitet wird, siehe: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/cannabis-in-usa-legalisierung-bringt-milliarden-steuereinnahmen-a-982424.html>

⁴ HEINO STÖVER UND MAXIMILIAN PLENERT: Entkriminalisierung und Regulierung. Evidenzbasierte Modelle für einen alternativen Umgang mit Drogenhandel und -konsum. Juni 2013, siehe: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/10159.pdf>

⁵ In einem Interview aus Dezember 2013 verweist der Initiator der Petition, Prof. Dr. Lorenz Böllinger, zudem bei Cannabis darauf "dass der Mythos von der Einstiegsdroge frei erfunden ist und die Risiken eher geringer als bei anderen, legalen Drogen sind. Der Blick in Länder wie Holland liefert den praktischen Beweis dafür, dass die Schreckensszenarien, die von den Prohibitionisten für den Fall einer Legalisierung heraufbeschworen werden, schlicht nicht eintreten", siehe: <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/strafrechtler-petition-bundestag-cannabis/>

ideologiefreien" Kriterien hat sich bislang jedoch ebenso nicht in einer veränderten Gesetzeslage niedergeschlagen, wie die ähnliche Initiative und Argumentation des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter André Schulz, der als Vertreter von 15.000 Kriminalbeamten ebenfalls die komplette Drogenprohibition für gescheitert und dringend bedenkenswert erklärt. Der Staat müsse eine Rolle als Fürsorger statt Bestrafer einnehmen, so Schulz.

Insbesondere in Kassel und Frankfurt wurden im vergangenen Jahr und werden aktuell intensive Diskussionen um die Zulassung sogenannter "Cannabis Social Clubs" geführt, wie sie in vielen europäischen Ländern legal, halblegal und illegal zumeist als Interessensgemeinschaft von Konsumierenden zur Deckung des eigenen Bedarf betrieben werden.⁶ Der Hessische Landtag hat das Thema "Entkriminalisierung" in den zurückliegenden 2 Legislaturperioden nicht diskutiert.

Auch wenn in Deutschland und Hessen in den vergangenen Jahren die staatliche Repression im Kampf gegen Drogen leicht abgenommen hat, ist ein notwendig neuer Ansatz nicht erkennbar und der Erwerb, Besitz und Konsum selbst sogenannter "leichter Drogen" mit doppelten Risiken für die Konsumierenden verbunden. Neben mangelnder Produktsicherheit und Aufklärung werden Strafverfahren wegen Besitz oder Konsum auch kleinerer Mengen an Cannabis höchst unterschiedlich verfolgt: Von Nullkonsequenzen über die Einleitung von Strafverfahren bis hin zum dauerhaften Verlust der Fahrerlaubnis sind die Konsequenzen nicht kalkulierbar. Selbst der erwiesenermaßen hohe Nutzen von Cannabis-Produkten zu medizinischen Zwecken bleibt aufgrund enger gesetzlicher Spielräume im Ergebnis auf einen winzigen Anwenderkreis beschränkt, der sich die zumeist sehr teuren Präparate oft gar nicht leisten kann. Der Repressionsansatz muss im Bereich synthetischer Drogen angesichts der realen Entwicklung als vollkommen gescheitert betrachtet werden und lässt die strafrechtlich bedrohten Konsumierenden mit nicht einzuschätzenden Risiken und Nebenwirkungen alleine.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag führt im ersten Halbjahr 2015 eine Fachanhörung zum Thema "Chancen und Risiken einer Entkriminalisierung in der Drogenpolitik" durch. Dabei sollen insbesondere folgende Themengebiete erörtert werden:

1. Gesundheitlich-medizinische Chancen und Risiken der Entkriminalisierung.
2. Innen- und rechtspolitische Chancen und Risiken der Entkriminalisierung.
3. Wirtschaftspolitische Chancen und Risiken der Entkriminalisierung.
4. Präventionspolitische Chancen und Risiken der Entkriminalisierung.
5. Sozialpolitische Chancen und Risiken der Entkriminalisierung.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. November 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen

⁶ Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Cannabis_Social_Club